

Einigkeit hielt nicht lange

Nach dem gemeinsamen Gesundheits-Finanzierungsplan gibt es interne Kritik



Geringverdienern steht anhand der Finanzierungspläne für das Gesundheitssystem das Wasser bis zum Hals. Die von Gesundheitsminister Philipp Rösler (hier links dargestellt) durchgesetzten Pläne werden jetzt auch wieder innerhalb der Koalition kritisiert. Foto: ddp

Notfalls vor Gericht ziehen

Berlin/Düsseldorf. SPD und Grüne wollen eine mögliche Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke notfalls vor dem Bundesverfassungsgericht stoppen. „Wir würden dagegen klagen und dem Gericht die eigenen Gutachten der Bundesregierung als Begründung vorlegen“, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. „Selbst der Umweltminister Röttgen und CDU-Ministerpräsidenten warnen vor einem Verfassungsbruch durch Merkel und Westerwelle, die den Bundesrat aushebeln wollen“, betonte er. Die SPD werde nicht zulassen, dass die Bundesregierung einen „Kuhhandel mit der Atomwirtschaft“ betreibt. Alte und störfallanfällige Atommeiler weiterlaufen zu lassen, „nur um im Gegenzug von der Atomwirtschaft Geld zu bekommen“, sei ein „unverantwortlicher Deal“. (ddp)

Berlin. Die Einigkeit der schwarz-gelben Koalition über die künftige Finanzierung des Gesundheitssystems hat nicht lange angehalten. Wenige Tage nach der Vorstellung der gemeinsamen Pläne regt sich Widerstand in den Unionsreihen. Der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) bezeichnete den Kompromiss am Wochenende als „politisch schwer vermittelbar“ und stellte die Wirkung des Konzepts in Frage. Auch CSU-Chef Horst Seehofer stichelte, das Modell werde nicht auf Dauer tragen. Beschwerden kamen aber ebenso aus der CDU. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) kündigte Widerstand gegen die geplanten Beitragserhöhungen an.

Nach monatelangem Streit hatten sich die Spitzen von Union und FDP vor wenigen Tagen auf die künftige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung verständigt. Der allgemeine Kassenbeitrag soll von 14,9 auf 15,5 Prozent steigen. Die Krankenkassen können künftig auch höhere Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern verlangen. Vorgesehen sind außerdem Milliardenersparungen bei Arzneimitteln, Ärzten, Krankenhäusern und den Verwaltungskosten der Versicherer. Die Koalition will mit den Beitragserhöhungen und Einsparungen die wachsenden Finanzlücken im Gesundheitssystem schließen.

Söder lehnte es ab, steigende Gesundheitskosten ausschließlich über Zusatzbeiträge zu finanzieren. Keiner könne „unbegrenzt Kosten auf die Versicherten übertragen“, sagte er.

Blockadepolitik in NRW

Düsseldorf. CDU-Oppositionsführer Karl-Josef Laumann hat eine Blockadepolitik gegen Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen angekündigt. „Unsere Aufgabe als Opposition ist es, der Minderheitsregierung so viele Abstimmungsniederlagen wie möglich beizubringen“, sagte der CDU-Fraktionschef im NRW-Landtag. SPD und Grüne hatten CDU, FDP und Linke zur Kooperation aufgerufen. Laumann zeigte sich jedoch „bei einem Thema“ kooperationsbereit. Die Integration der Menschen mit Behinderungen in die Schule sei ein fraktionsübergreifendes Thema. (ddp)

Stipendienkurs „eine Sauerei“

Frankfurt/Main. Die SPD kritisiert die Entscheidung des Bundesrats, ein Elite-Stipendienprogramm einzuführen, die BAföG-Empfänger in Deutschland aber weiter auf mehr Geld warten zu lassen. „Das ist Verschwendung von Steuern und Umverteilungspolitik von unten nach oben“, sagte die Vize-Chefin der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Ziegler. „Die Krankenschwester finanziert mit ihren Steuern das Stipendium für den Arztesohn.“ Die frühere sächsische Kultusministerin Eva-Maria Stange (SPD), sagte der Zeitung: „Die Entscheidung für das Stipendienprogramm ist eine riesige Sauerei.“ (ddp)

Absolutes Rauchverbot?

Braunschweig. Nach dem bayerischen Volksentscheid zum Rauchverbot soll der Bundestag voraussichtlich im ersten Halbjahr 2011 über ein bundesweites, absolutes Rauchverbot in Gaststätten entscheiden. Die Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses, Carola Reimann (SPD), sagte, eine fraktionsübergreifende Gruppe von Bundestagsabgeordneten habe sich darauf verständigt, einen Gesetzentwurf für ein bundesweit einheitliches Rauchverbot in den nächsten Monaten auszuarbeiten und spätestens Anfang nächsten Jahres in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Die Vorbereitungen sollten bereits in der kommenden Woche beginnen. (ddp)

Interne Kritik am „System Merkel“

Trotz Machtwortes wird die Kanzlerin immer noch parteiintern attackiert



Auch nach ihrem Machtwort sieht sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit parteiinterner Kritik konfrontiert. Foto: ddp

Berlin. Auch mit ihrem jüngsten Machtwort hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die parteiinternen Kritiker nicht zur Ruhe gebracht. Der Chef der Unions-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarman (CDU), fachte die Diskussion um Merkels Führungsstil am Wochenende neu an. Schlarman warf der CDU-Chefin vor, interne Debatten zu unterdrücken und die CDU inhaltlich auszubluten. Führende CDU-Politiker nahmen die Kanzlerin dagegen in Schutz. Selbst aus der CSU und der FDP bekam Merkel Beistand.

„Das ist politisch schwer vermittelbar.“ Als Kompromiss sei die Reform zwar „tragbar“, „langfristig bleibt es aber sicher bei unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Auffassungen von Gesundheitspolitik.“

Die Pläne der Regierung für die Zusatzbeiträge seien „noch recht vage formuliert“, kritisierte Söder, „wie das in der Praxis funktionieren soll, ist noch unklar.“ Er sei auch „skeptisch“, dass sich die Finanzlage der Kassen über das Jahr 2011 hinaus durch die Reform bessere. „Wahrscheinlich müssen wir dann wieder über die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nachdenken“, sagte er, „die jetzige Reform kann

nur ein Zwischenschritt sein.“ Seehofer sieht die Pläne ebenso wenig als Dauerlösung. „Ich kann immer nur schmunzeln, wenn ich wieder tapfere Politikerinnen und Politiker höre, die dann sagen: Jetzt haben wir die langfristige Finanzierung gefunden und die wird auf Dauer halten.“ – Pustekuchen“, sagte der frühere Bundesgesundheitsminister. Mit einer Reform könne für „einige Jahre“ ein System stabilisiert werden, nicht aber auf Dauer.

Deutlicher Widerspruch kam auch aus Sachsen. Der dortige Regierungschef Tillich sagte: „Es gibt erheblichen Gesprächsbedarf. Das, was da in Berlin vorgelegt wurde, kann

definitiv nicht das Ergebnis sein.“ Höhere Krankenversicherungsbeiträge hätten schädliche Folgen für die Wirtschaft, insbesondere für die Arbeitsplätze. Das sei für Ostdeutschland eine zusätzliche Belastung, weil bereits mit der Einführung des Gesundheitsfonds die Kassenbeiträge erhöht worden seien. „Entscheidungen, die zu Lasten einzelner Regionen gehen, kann ich nicht mittragen“, kündigte der CDU-Politiker an.

Ein hartes Urteil fällt auch der Chef der Unions-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarman (CDU): „Was da jetzt als Gesundheitsreform verkauft wird, hat den Namen nicht verdient.“ (ddp)

nicht zu übersehen: Unsere Mitglieder sind unglücklich, viele völlig frustriert.“ Von einer echten Debattenkultur könne in der CDU keine Rede mehr sein. „Im System Merkel werden Entscheidungen zentral getroffen, von oben nach unten.“ Das sei in einer Parteidemokratie „bedenklich“. Selbst Beiträge von Mitgliedern des Parteivorstandes würden von der Führung ignoriert.

Der CDU-Politiker mahnte, es gebe Gründe, wegen der Krise der CDU den Parteivorsitz vom Posten des Kanzlers zu trennen. Weil unter Merkel aber die gesamte zweite Führungsmannschaft der CDU verschwunden sei, gebe es „leider“ keine Alternative zu Merkel als Parteichefin. Er warf Merkel vor, wichtige Führungspersönlichkeiten der CDU wie den scheidenden hessischen Ministerpräsidenten und CDU-Vize Roland Koch absichtlich an den Rand gedrängt zu haben. „Man sollte den Mut haben, Alternativen zu sich selbst zuzulassen“, sagte er, „Frau Merkel hat diesen Mut meines Erach-

tens leider nicht.“ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nahm Merkel gegen die Vorwürfe aus den eigenen Reihen in Schutz. Auch Vorkandidaten, die CDU-Chefin sei nicht konservativ genug, seien „Quatsch“. Merkel habe viel besser als fast alle ihrer Kritiker verstanden, wie rasch sich die Welt verändere und was für die Politik bedeute. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) bezeichnete die Debatte um Merkels Führungsstil als „merkwürdig“. „Wenn Frau Merkel führt und einen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorschlägt, heißt es, sie stimme sich zu wenig mit der Partei ab“, sagte er, „wenn sie sich bemüht, alle einzubinden, heißt es, sie führe zu wenig.“

Unerwartete Unterstützung bekam Merkel aus den Reihen der Koalitionspartner. Die Vorsitzende der CSU-Frauenunion, Angelika Niebler, lobte, Merkel mache „einen sehr guten Job“. Auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) würdigte Merkels Führungsstil. (ddp)

Früher gut. Heute gut.

Das Leben eilt dahin und auch nicht eine kurze Zeit läßt es sich halten.

Empfehlung der Woche

- 100g Fleischsalat**
ohne Konservierungsstoffe
0.90 Euro
- 1St. Wiener Würstchen**, eigene Herstellung
0.80 Euro
- 1St. Weißwurst**
Meist verkaufte Wurst im Juni
0.80 Euro
- 100g Lummer**
gefüllte Lummersteaks
1.25 Euro
- 100g Spare Ribs**
natur oder Grill fertig mariniert
0.55 Euro
- 100g Gehacktes**
halb und halb
0.52 Euro

Für ihre Ferien

Spitzenprodukte die in Ihrem Urlaub Genuss aus der Region bieten. Auf Wunsch vakuumieren wir ihnen unsere Produkte kostenlos.

WEBER Röntgenstraße 21
57078 Siegen-Geisweid
Tel. 0271.81126
www.fleischerei-weber.de

Wegen Sortimentswechsel
Ausstellungsküchen radikal reduziert
bis zu **55%**
Über 111 Jahre **Möbel-Nies**
57080 EISERFELD · Bühlnstraße 14 P
Telefon (02 71) 3 58 11

Naturstein
Besuchen Sie unsere Ausstellung
Mo.-Fr. 8.00-12.30 Uhr · 13.15-18.00 Uhr
Sa. 9.00-12.00 Uhr
So. 11.00-17.00 Uhr

Umwelt erhalten + mitgestalten
heco
heco natursteine
Auf der Hube 2 · 59889 Eslohe-Cobbenrode
Tel. 0 29 73 / 8 12 90 · Fax 0 29 73 / 8 12 91
www.heco-natursteine.de

Wann und wo dürfen wir Ihre KÜCHE planen?
Aus unserer Ausstellung!
Zum Beispiel: VIGO Dekor Avola

KÜCHE & CO
Die Küchen-Fachleute

Ihr Küchenfachgeschäft seit 1989 · Untere Dorfstraße 165 · 57074 Siegen-Bürbach
Telefon 0271/64635 · siegen@kueche-co.de

SWA
Werbung die **ANKOMMT.**

Impressum Sonntags-Anzeiger SWA
Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergraben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de
Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller – Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15; Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortl. für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp.
Geschäftsstellen: Siegen, Obergraben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6.
Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. – Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 19 gültig.